

## Bekanntmachung

über den Verkehr mit Weim. Vom 14. September 1916.  
Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Der Reichskanzler ist ermächtigt, den Verkehr mit Weim jeder Art zu regeln. Er kann Erhebungen über Erzeugung, Bestand, Absatz, Verbrauch und Bedarf anordnen.

Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund vorstehender Ermächtigung zu erlassenden Bestimmungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft werden und daß neben der Strafe auf Einziehung der Mengen erkannt werden kann, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 2. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 14. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

## Bekanntmachung

Betreffend Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Weim vom 14. Sept. 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1023). Vom 14. September 1916.

Auf Grund des § 1 der Bekanntmachung über den Verkehr mit Weim vom 14. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1023) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Wer Leder-, Hafen-, Knochen- oder Fischleim herstellt, ist verpflichtet, bis zum 10. jedes Monats die im vergangenen Monat aus inländischen und ausländischen Rohstoffen erzeugten Mengen getrennt nach Arten und Qualitäten dem Kriegsausschuß für Erhaltung, G. m. b. H., Berlin (Kriegsausschuß) anzuzeigen.

Bis zum 1. Oktober 1916 haben die Hersteller dem Kriegsausschuß anzuzeigen, welche Mengen der genannten Weimarten sie aus inländischen und ausländischen Rohstoffen in den Jahren 1913 bis 1915 und den abgelaufenen Kalendermonaten des Jahres 1916 hergestellt haben.

§ 2. Wer mit Beginn eines Kalendermonats Weim der im § 1 genannten Art in Gewährung hat, ist verpflichtet, die vorhandenen Bestände, getrennt nach Arten und Eigentümern, unter Bezeichnung der Art und des Eigentümers dem Kriegsausschuß bis zum 10. des Monats anzuzeigen. Mengen, die sich bei Beginn eines Kalendermonats unterwegs befinden, sind vom Empfänger anzuzeigen.

Der Anzeige unterliegen nicht Vorräte, die

1. insgesamt 100 Kilogramm nicht übersteigen,
2. die im Eigentum der Reichsverwaltung oder der Marineverwaltung stehen.

Für den Monat September 1916 hat die Anzeige nach dem Stande vom 15. September 1916 bis zum 1. Oktober 1916 zu erfolgen.

Soweit der Bestand am 15. September 1916 5000 Kilogramm übersteigt, sind die Weimarten auch gesondert nach Qualitäten und außerdem der Bestand am 1. August 1916, sowie der Zu- und Abgang seit dieser Zeit anzumelden.

§ 3. Wer in einem gewerblichen Betriebe Weim der im § 1 genannten Arten verbraucht, ist verpflichtet, bis zum 1. Oktober 1916 dem Kriegsausschuß die in den Jahren 1915, 1916 verbrauchten Mengen, getrennt nach Arten, anzuzeigen, sofern der Gesamtverbrauch 100 Kilogramm im Jahre übersteigt.

Er hat ferner bis zum gleichen Zeitpunkte anzumelden, welchen monatlichen Bedarf an Weim er für die Zukunft voraussichtlich haben wird.

§ 4. Die Anzeigen sind unter Benutzung der von dem Kriegsausschuß ausgehenden Vordrucke zu erstatten.

§ 5. Der Kriegsausschuß kann verlangen, daß die Anzeigen durch Vermittlung von ihm besonders zu benennenden Stellen erstattet werden. Das Verlangen des Kriegsausschußes ist auf dessen Ersuchen von den Ortsbehörden öffentlich bekanntzumachen.

§ 6. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird bestraft, wer die in den §§ 1 bis 3 vorgeschriebene Anzeige nicht rechtzeitig erstattet oder wer in den Fällen der §§ 1, 2, § 3 Abs. 1 wesentlich falsche oder unvollständige Angaben macht. Neben den Strafen kann in den Fällen des § 1 Abs. 1 und des § 2 auf Einziehung der Mengen erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 7. Die Bestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 14. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Dr. Helfferich.

## Bekanntmachung

betreffend Aenderung der Anordnung für das Verfahren vor dem Reichsschiedsgerichte für Kriegsbedarf vom 22. Juli 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 469). Vom 14. September 1916.

Die Anordnung für das Verfahren vor dem Reichsschiedsgerichte für Kriegsbedarf vom 22. Juli 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 469) wird dahin abgeändert:

1. Der § 2 wird durch folgende Vorschrift ersetzt:

Das Schiedsgericht entscheidet in einer Besetzung von einem Vorsitzenden und vier Beisitzern.

Es ist anzunehmen, daß der festzusetzende Uebnahmepreis den Betrag von eintausend Mark nicht übersteigen werde, so genügt die Huziehung von zwei Beisitzern.

Der Vorsitzende kann im Einverständnis mit dem zuständigen Kriegsministerium oder dem Reichsmarineamt bereits von der Entscheidung des Schiedsgerichts die Uebervweisung von Abschlagszahlungen veranlassen. Der Gesamtbetrag der Abschlagszahlung darf den von dem zuständigen Kriegsministerium oder dem Reichsmarineamt als Friedenspreis bezeichnenden Betrag nicht übersteigen.

Der Vorsitzende wird vom Reichskanzler ernannt. Die Beisitzer werden vom Vorsitzenden berufen, und zwar im Falle des Abs. 1 drei aus einer vom Deutschen Handelstag eingeholenden Vorschlagsliste, der vierte auf Vorschlag derjenigen amtlichen Vertretung des Handels, in deren Bezirke sich die Gegenstände ganz oder zum Teil befinden; im Falle des Abs. 2 kann der Vorsitzende diejenige amtliche Vertretung des Handels um Vorschlag der Beisitzer ersuchen, in deren Bezirke die Sitzung des Schiedsgerichts stattfinden soll.

Wird zu einer Sitzung des Schiedsgerichts die Huziehung anderer als der zunächst berufenen Beisitzer erforderlich, so kann der Vorsitzende zur Vermehrung einer Vertagung oder einer erheblichen Verzögerung des Beginns der Sitzung Hilfsbeisitzer anziehen. Als Hilfsbeisitzer soll nur berufen werden, wer von dem Deutschen Handelstag oder in einem anderen Verfahren vor dem Schiedsgerichte von einer amtlichen Vertretung des Handels als Beisitzer vorgeschlagen worden ist oder wer zum Richteramt befähigt ist.

2. Der § 5 Abs. 2 wird durch folgende Vorschrift ersetzt:

Vor der Entscheidung sind die Beteiligten zu hören. Als Beteiligte im Sinne dieser Verordnung gelten außer den bisherigen Eigentümern der enteigneten Gegenstände die dinglich Berechtigten und diejenigen Personen, die auf die Gegenstände Aufwendungen gemacht haben, oder denen an den Gegenständen ein Zurückbehaltungsrecht zugestanden ist. Als Beteiligte gelten ferner das Reichsmarineamt, die Kriegsministerien und diejenigen Militär- und Marinebehörden einschließlich der Befehlshaber, welche Gegenstände des Kriegsbedarfs beschlagnahmt oder über sie verfügt haben.

Berlin, den 14. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

## Bekanntmachung

Nach der Bekanntmachung über die Einfuhr von Wasmassen und Daseinmassen vom 7. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 999) sind Wasmassen und Daseinmassen nach der Bekanntmachung vom gleichen Tage über den Verkehr mit Harz (Reichs-Gesetzbl. S. 1002), Harz jeglicher Herkunft, Rohharz jeder Art, das sich zur Herstellung von Kolophonium eignet, insbesondere Fichten-, Kiefern-, Lärchen- und Tannenharz, sowie Kolophonium (Fertigarz), hergestellt aus Rohharzen vorbezeichneter Art, flüssiges Harz und Harzprodukte, insbesondere Harzleim (Harzseife) und Brauerpech, die aus dem Ausland eingeführt werden, an den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Produkte und Fette G. m. b. H. in Berlin abzuliefern.

Weiter ist durch Bekanntmachung vom 7. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1006) bestimmt, daß die Verordnung vom 4. März 1916 über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten sowie Seifen (Reichs-Gesetzbl. S. 148) auch auf Speck von Fischen und Seefisgetieren, sowie Abfälle von diesen Tieren Anwendung zu finden habe. Diese Stoffe sind dementsprechend bei der Einfuhr aus dem Ausland an den genannten Kriegsausschuß abzuliefern.

Um die hiernach vorgeschriebene Ablieferung sicherzustellen, wird angeordnet, daß von allen Einfuhren der bezeichneten Waren unter Angabe der Menge und des Empfängers sowie der Zahl, Art und Bezeichnung der Packstücke sofort dem Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette, Berlin NW. 7, Unter den Linden 68 a, Mitteilung gemacht wird.

Darmstadt, den 27. September 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.  
v. Homberg.



## Bekanntmachung

der neuen Fassung der Verordnung über die Regelung des Abflages von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation. Vom 22. September 1916.

Auf Grund des Artikels III der Verordnung, betreffend Aenderung der Bestimmungen über die Regelung des Abflages von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation, vom 31. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 986) wird der Vorlauf der Verordnung über die Regelung des Abflages von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation vom 16. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 585), wie er sich aus den Aenderungen durch die Verordnungen vom 25. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 778), vom 24. Februar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 119) und vom 31. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 986) ergibt, nachstehend bekanntgemacht.

Berlin, den 22. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

## Verordnung

über die Regelung des Abflages von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation in der Fassung der Verordnung vom 31. August 1916.

§ 1. Wer in einem gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betrieb Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei herstellt oder durch andere herstellen läßt (Trockner), ist verpflichtet, seine gesamten Erzeugnisse einschließlich der Bestände an die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. in Berlin zu liefern. Die Lieferung hat entsprechend den Anweisungen der Gesellschaft zu erfolgen. Der Trockner hat die Anweisung nach Fertigstellung von je 100 Doppelpenturnen einzubufen.

Die Verstellung der Erzeugnisse in Lohn ist nur mit Genehmigung der Gesellschaft gestattet.

§ 2. Die Vorschriften im § 1 Abs. 1 gelten nicht:

1. für Erzeugnisse oder Bestände, die zur Verwendung im eigenen Wirtschaftsbetriebe des Herstellers, bei Genossenschaften oder Gesellschaften im Wirtschaftsbetrieb ihrer Mitglieder erforderlich sind;
2. für Erzeugnisse, die mit Genehmigung der Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft in Lohn hergestellt sind.

Jedoch unterliegen der Lieferungspflicht nach § 1 die Mengen, die infolge eines Verfüttungsverbotes nach § 5 der Verordnung über die Kartoffelverförgung vom 26. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 590) im eigenen Betriebe nicht verwendet werden können.

§ 3. Der Trockner hat der Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft auf Erfordern binnen zwei Wochen Auskunft zu erteilen

1. über Umfang, Betrieb und Leistungsfähigkeit seiner Kartoffeltrockenanlage;
2. über die Mengen an Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei, welche von ihm hergestellt, verbraucht und auf Lager genommen sind.

§ 4. Jeder Trockner ist berechtigt, der Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft unter den Bedingungen des Gesellschaftsvertrages beizutreten.

§ 5. Hinsichtlich der Verwertung der gelieferten Erzeugnisse durch die Gesellschaft unterliegt der Trockner, der von dem Recht, Gesellschaftler zu werden, keinen Gebrauch gemacht hat, denselben Bedingungen wie die Gesellschaftler, mit der Maßgabe, daß über Rechtsstreitigkeiten zwischen ihm und der Gesellschaft die ordentlichen Gerichte entscheiden.

§ 6. Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei im Sinne dieser Verordnung sind alle Erzeugnisse, die entstehen, wenn frischen Kartoffeln allein oder in Mischungen mit anderen Stoffen, der größere Teil ihres natürlichen Wassergehalts entzogen wird.

§ 7. Wer Kartoffelstärke oder Kartoffelstärkemehl herstellt oder durch andere herstellen läßt, ist verpflichtet, seine gesamten Erzeugnisse, einschließlich der Bestände, an die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft zu liefern.

Der Reichskanzler setzt die Bedingungen fest.

§ 8. Die Vorschriften des § 7 gelten nicht für Erzeugnisse oder Bestände, die für den Hausbedarf des Herstellers oder seiner Angestellten erforderlich sind.

§ 9. Die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft hat die Erzeugnisse und Bestände (§§ 1 und 7) abzunehmen.

§ 10. Kartoffeln sowie Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation dürfen zur Herstellung gewerblicher Erzeugnisse, wie insbesondere Dextrin, Maltose, Isolierte Stärke, nur mit Einwilligung der Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft verwendet werden.

Dies gilt nicht

1. für die Herstellung von Erzeugnissen, die der Lieferungspflicht nach §§ 1 oder 7 unterliegen;
2. für die Herstellung von Erzeugnissen des Brennerei-, Gefe- oder Bädererigewebes.

Der Reichskanzler kann die Vorschrift im Abs. 1 auf die Herstellung der im Abs. 2 Nr. 2 genannten Erzeugnisse ausdehnen.

§ 11. Die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft untersteht der Aufsicht des Reichskanzlers.

§ 12. Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

§ 13. Der Reichskanzler kann den Verkehr mit Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation, die aus dem Auslande eingeführt werden, regeln; insbesondere kann er anordnen, daß diese Erzeugnisse an die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft in Berlin zu liefern sind. Er setzt die Bedingungen und Preise für die Lieferung und den weiteren Absatz fest. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft werden.

Der Reichskanzler kann Bestimmungen über die Durchfuhr von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation treffen.

§ 14. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer den Vorschriften in den §§ 1, 7 oder den nach § 7 Abs. 2 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;
2. wer die nach § 3 von ihm erforderliche Auskunft innerhalb der gesetzten Frist nicht erteilt oder wissentlich unvollständige oder unrichtige Angaben macht;
3. wer der Vorschrift des § 10 zuwiderhandelt;
4. wer wissentlich Erzeugnisse, die dem Verbote des § 10 zuwider hergestellt sind, in seinem Gewerbebetriebe verwendet, verkauft, feilhält oder sonst in den Verkehr bringt.

Uebereinst in den Fällen der Nummern 1, 3 der Wert der Menge, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, den Betrag von fünfzehntausend Mark, so kann die Geldstrafe bis auf das Doppelte des Wertes erhöht werden.

## Bekanntmachung

über weitere Regelung des Branntweinverkehrs.

Vom 14. September 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Die Verordnung über weitere Regelung des Branntweinverkehrs vom 16. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 829) mit der durch den § 23 der Verordnung über Regelung des Verkehrs mit Branntwein vom 15. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 279) herbeigeführten Aenderung gilt auch für das Betriebsjahr 1916/17.

Berlin, den 14. September 1916.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: Graf von Roeder.

## Bekanntmachung.

Zur Beseitigung von Zweifeln wird im Anschluß an die Bekanntmachungen des Herrn Reichskanzlers vom 25. April 1916, 26. Mai 1916, 7. Juni 1916 und 20. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 340, 421, 459 und 763) bekannt gemacht, daß nachstehend bezeichnete Waren, wenn sie mit Süßstoff (Saccharin) gesüßt sind, ohne nähere Kennzeichnung der Art der Süßung feilgehalten und verkauft werden dürfen:

- a) Limonaden (natürliche und künstliche, sowie limonadenartige Getränke aller Art, mit und ohne Kohlensäure);
- b) natürliche und künstliche Fruchtäfte aller Art — ausgenommen solche Fruchtäfte, die dazu bestimmt sind, bei der Herstellung von Arzneien Verwendung zu finden — also insbesondere Grundstoffe für die Herstellung von Limonaden sowie von sonstigen gesüßten, natürlichen und künstlichen Fruchtäften und fruchtäfteartigen Getränken aller Art;
- c) Kunsthob, Kompott (das sind eingemachte ganze Früchte oder größere Fruchtstücke);
- d) Schaumwein und schaumweinähnliche Getränke;
- e) Vermutwein, Liköre, Bowlen (Maitrank), Bunschertratte aller Art sowie Grundstoffe für solche und ähnliche Getränke;
- f) Obst- und Beerenträfte;
- g) Essig;
- h) Mosttrich und Senf;
- i) Fischmarinaden;
- k) Kautabak;
- l) Mittel zur Reinigung, Pflege oder Färbung der Haut, des Haars, der Nägel oder der Mundhöhle;
- m) Übergähriges Bier.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß der § 16 der Ausführungsbestimmungen zum Süßstoffgesetz vom 7. Juli 1902 sich nur auf die Waren bezieht, die auf Grund des § 4 b des Süßstoffgesetzes hergestellt sind, dagegen keine Anwendung findet auf die oben erwähnten Waren, zu deren Herstellung durch die eingangs erwähnten Bekanntmachungen Süßstoff freigegeben ist.

Berlin, den 19. September 1916.

Reichszuckerstelle.

S. B. Graf von Hartensleben.



# Bekanntmachung

über die Einfuhr von Gemüse und Obst.

Als Bevollmächtigte im Sinne von § 1 der Bekanntmachung über die Einfuhr von Gemüse und Obst vom 13. September 1916 (Reichsgesetzbl. S. 1015) sind die nachstehend aufgeführten Firmen bestellt worden.

Berlin, den 23. September 1916.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.  
Tenge.

Grenzstation:	Name der Firma:
<b>Holland.</b>	
Aachen . . . . .	Expeditions- und Lagerhaus A.-G. Jülicher Straße 114a.
Bentheim (Dann.) . . . . .	Gerlach & Co.
Bacholtz/B. . . . .	Mathias Rauhausen, Neustraße 21.
Cleve . . . . .	Penfing & Brochhausen G. m. b. H.
Cöln . . . . .	Expeditions- und Lagerhaus A.-G.
Craneburg . . . . .	Gerhard Voll.
Dalheim-Rödingen . . . . .	Richard Websti.
Emmerich . . . . .	Penfing & Brochhausen G. m. b. H.
Goch (Rheinl.) . . . . .	Gerlach & Co.
Gronau i. W. . . . .	Nellen & Duack.
Verjogenrath . . . . .	Julius Schilling, Hotel Josef Nissen.
Kaldentrichen (Rheinl.) . . . . .	E. A. Nissen.
Straelen . . . . .	Josef Langer, Maschinenfabrik Alster.
Weener (Ostfriesland) . . . . .	Gerlach & Co.
<b>Belgien.</b>	
Herbesthal . . . . .	Expeditions- und Lagerhaus A.-G.
<b>Schweiz.</b>	
Basel-Leopoldshöhe . . . . .	Burtori & Co.
Friedrichshafen a. B. . . . .	E. C. Noerpel.
Konstanz (Baden) . . . . .	E. Bruner Nachf., Expeditions- und Lagerhaus, Müllgasse 10.
Lindau a. Bodensee . . . . .	Gebr. Weß.
Waldshut . . . . .	Reinhard & Co.
<b>Nordgrenze.</b>	
Danzig . . . . .	Aug. Wolff & Co.
Königsberg i. Pr. . . . .	Denze, Mahlow & Co.
Lübeck . . . . .	Liders & Stange, Unterstraße 17.
Sahlin . . . . .	E. Raust jun.
Stettin . . . . .	A. M. Böhm.
Randrup (Dänemark) . . . . .	N. P. Peterfen.
Warnemünde . . . . .	August Bethloff.
<b>Ostgrenze.</b>	
Bajorien resp. Memel . . . . .	J. Welmann, Memel.
Enthühren . . . . .	E. Kutzsch & Co.
Kuttowis . . . . .	"
Proßken . . . . .	"
Stahmerzyce . . . . .	"
Thorn . . . . .	"
Illowo . . . . .	W. L. Tänziger.
<b>Oesterreich-Ungarn.</b>	
Wich . . . . .	Schenker & Co. bzw. ihre Vertreter
Bodenbach . . . . .	"
Bregenz . . . . .	"
Drieditz . . . . .	"
Ebersbach i. Sa. . . . .	"
Eger i. Böhmen . . . . .	"
Eisenstein i. Böhmen . . . . .	"
Kurtz i. W. . . . .	"
Georgenthal . . . . .	"
Halbstadt . . . . .	"
Jägerndorf . . . . .	"
Joh. Georgenstadt . . . . .	"
Klingenthal i. Sa. . . . .	"
Lübben . . . . .	"
Leibau . . . . .	"
Lindau . . . . .	"
Mittelwalde . . . . .	"
Moldau . . . . .	"
Oderberg . . . . .	"
Oswietim . . . . .	"
Passau . . . . .	"
Reichenberg . . . . .	"
Reichenhain . . . . .	"
Salzburg . . . . .	"
Scharbau . . . . .	"
Scharitz . . . . .	"
Seidenberg . . . . .	"
Simbach . . . . .	"
Tesschen a. E. . . . .	"
Troppau . . . . .	"
Warnsdorf . . . . .	"
Weipert . . . . .	"
Wienhals . . . . .	"

Betr.: Bekanntmachung vom 1. Oktober 1916 über die Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von Biergläsern und Bierkrugdeckeln aus Zinn und freiwillige Ablieferung anderer Binngegenstände.

## An die Grob. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Für oben erwähnte Bekanntmachung werden hiermit nachstehende Ausführungsbestimmungen erlassen, die Sie alsbald in geeigneter Weise ortsüblich veröffentlichen wollen.

1. Meldepflicht. Alle in der Bekanntmachung erwähnten Betriebe (Brauereien, Gastwirtschafts- und Schankbetriebe einschließlich der Kaffeehäuser und Konditoreien, sowie die Ausschänke für Vereine und Gesellschaften, Kaffees und Kantinen) sind verpflichtet, den Bestand aller von der Beschlagnahme betroffenen Binndeckel von Biergläsern und Bierkrügen, die sie im Besitz oder Gewahrsam haben, sofort nach Erhalt des amtlichen Meldescheines in diesem vollständig und gewissenhaft anzugeben.

Die amtlichen Meldescheine sind vom 17. Oktober l. Js. ab bei den zuständigen Grob. Bürgermeisterien zu erhalten. Die vorchriftsmäßig und vollständig ausgefüllten Meldescheine müssen unfehlbar bis zum 20. Oktober l. Js.

bei der zuständigen Bürgermeisterie eingereicht sein.

Die Einreichung der in jeder Gemeinde eingereichten Meldescheine an uns hat durch die Bürgermeisterien am 21. Oktober l. Js. zu erfolgen.

Unsere Beauftragten sind zum Betreten aller in Betracht kommenden Betriebsstätten und sonstigen Räume berechtigt; die beschlaggenommenen Gegenstände sind unseren Beauftragten auf Verlangen vorzulegen.

2. Eigentumsübertragung. An Hand der gemäß § 3 dieser Anweisung erstatteten Meldungen ist durch die beauftragten Behörden jedem einzelnen Betroffenen eine Anordnung, betreffend Übertragung des Eigentums an den beschlaggenommenen Gegenständen auf den Reichsmilitärskass, nach dem in Anlage 3 beigefügten Muster zuzustellen.

Das Eigentum an den betroffenen Gegenständen geht auf den Reichsmilitärskass über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht. 3. Ablieferung. Der Ablieferer hat bei der Ablieferung die genaue Adresse des Eigentümers der abgelieferten Gegenstände anzugeben.

Falls der Ablieferer sich nicht mit dem Uebernahmepreis gemäß § 8 der Bekanntmachung M. 1/10. 16. R. R. A. zufriedengeben will, hat er dies bei der Ablieferung ausdrücklich zu erklären.

Personen, die mit dem festgesetzten Uebernahmepreis einverstanden sind, ist ein Auerkenntnischein nach dem als Anlage 4 beigefügten Muster auszustellen, aus dem das Gewicht der abgelieferten Gegenstände, der Uebernahmepreis, die genaue Adresse des Eigentümers und die Zahlstelle hervorgehen. Auf Grund des Auerkenntnischeines wird der darin festgesetzte Betrag alsbald ausbezahlt, es sei denn, daß über die Person des Berechtigten Zweifel bestehen. Die Annahme des Auerkenntnischeines oder der Zahlung gilt als Bekundung des Einverständnisses mit den Uebernahmepreisen der Bekanntmachung M. 1/10. 16. R. R. A.

Personen, die sich mit dem Uebernahmepreis nach § 8 der Bekanntmachung M. 1/10. 16. R. R. A. nicht einverstanden erklären, ist an Stelle des Auerkenntnischeines eine Quittung nach dem in Anlage 5 beigefügten Muster auszubändigen, aus der für jede Art von Deckeln, die abgeliefert sind, das Gewicht und die Stückzahl hervorgehen müssen.

Der Antrag auf endgültige Festsetzung des Uebernahmepreises ist von dem Betroffenen unmittelbar an das Reichsschiedsgericht für Kriegsbedarf, Berlin W. 9, Poststraße 4, zu richten.

Um dem Reichsschiedsgericht die Preisfestsetzung zu ermöglichen, hat der Betroffene von jeder Sorte einen Deckel mit einer haltbaren Fahne zu versehen, auf der von ihm anzugeben ist:

1. Name (Firma),
2. genaue Adresse,
3. Anzahl der abgelieferten Deckel dieser Art.

Durch die Inanspruchnahme des Reichsschiedsgerichts erleidet die Ablieferung keinen Aufschub.

Die Ablieferung muß bis zum 28. Februar 1917 beendet sein. Denjenigen Personen, die nachträglich sich mit dem Uebernahmepreis einverstanden erklären, ist die Quittung gegen einen Auerkenntnischein auszutauschen; der anerkannte Betrag ist auszuzahlen.

4. Zwangsvollstreckung. Wer bis zum 28. Februar 1917 die übereigneten Gegenstände nicht abgeliefert hat, macht sich strafbar. Außerdem erfolgt die zwangsweise Abholung der ablieferungspflichtigen Gegenstände durch die beauftragten Behörden als Vollstreckungsmahregel auf Kosten des Besitzers.

Die Verpflichtung der Besitzer zum Entfernen der Deckel und Scharniere von den Biergläsern und Bierkrügen besteht auch für die zwangsweise abzuholenden Gegenstände.

Den von der zwangsweisen Einziehung Betroffenen sind ebenfalls Auerkenntnischeine (Anlage 4) bei Annahme des Uebernahmepreises oder Quittungen (Anlage 5) bei Inanspruchnahme des Reichsschiedsgerichts nach den Bestimmungen des § 5 dieser Anweisung auszuhändigen. Die Kosten der Zwangsvollstreckung sind von der zur Auszahlung kommenden Summe in Abzug zu bringen.

5. Befreiungsanträge. Für solche Binndeckel von Biergläsern und Bierkrügen, für die eine Befreiung von der Be-



Schlagnahme, der Enteignung und Ablieferung wegen künftige Verleiden oder künftige geschädigten Wertes beansprucht wird (§ 9 der Bekanntmachung), ist ein schriftlicher Antrag auf Befreiung unter genauer Bezeichnung des betreffenden Gegenstandes gleichzeitig mit der Ablieferung des Meldebogens bei der zuständigen Bürgermeisterei einzureichen.

Andenkenswert entbindet nicht von der Beschlagnahme, Enteignung und Ablieferung.

6. Termine. Die Bestimmungen über die Termine für die Ablieferung und Zwangsvollstreckung, die Bezeichnung der zu erachtenden Sammelstellen und den Zeitpunkt ihrer Eröffnung für die freiwillige Ablieferung anderer Hingegenstände (§ 10 der Bekanntmachung) werden später von uns erlassen.

Gießen, den 4. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. Dr. Ufinger.

Betr.: Schlachtverbote.

### An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Aus den Berichten der Großh. Kreisveterinärämter geht hervor, daß immer noch eine verhältnismäßig große Zahl von trächtigen Kühen abgeschlachtet worden sind, darunter auch einige bei vorgeschrittener Trächtigkeit. Wir empfehlen Ihnen daher dringend, das Fleischbehalterpersonal wiederholt aufzufordern, das Augenmerk bei jeder Beschau hierauf zu richten und die Abschachtung trächtiger Tiere nach Möglichkeit zu verhindern.

Gießen, den 3. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. Dr. Ufinger.

Betr.: Einbindung der Abdeckerzeichnisse vom Monat September ff. J.

### An Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir erinnern an umgehende Einbindung der Abdeckerzeichnisse für den Monat September ff. J.

Gießen, den 2. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. J. B.: Langemann.

### Bekanntmachung.

Betr.: Musterung und Aushebung.

In der Zeit vom 16. bis zum 28. Oktober findet in Gießen in der Turnhalle der Stadtmädchenschule, Schillerstraße 8, die Musterung

1. der im Jahre 1898 geborenen Landsturmpflichtigen,
2. der bei früheren Musterungen als zeitig untauglich zurückgestellten in 1892 bis 1896 geborenen Militärpflichtigen,
3. der bei den Friedensmusterungen als dauernd untauglich erklärten in der Zeit vom 8. 9. 1870 bis einschließlich 1875 geborenen Landsturmpflichtigen, insoweit sie nicht bei der Musterung im Februar / März d. J. als kriegsverwendungsfähig oder als dauernd untauglich befunden worden sind, statt.

Die Musterung beginnt vormittags 8½ Uhr, wegen der Ordnung bezüglich der Reihenfolge müssen die zu Musternden um 8 Uhr erscheinen. Die Stellungspflichtigen der Landgemeinden werden durch die Bürgermeisterien besonders geladen, den in der Stadt Gießen Wohnenden werden von dem Unterzeichneten besondere Ladungen durch die Post zugesandt.

Diejenigen, die sich noch nicht zur Landsturmrolle oder Stammtafel gemeldet haben, werden hiermit aufgefordert, dies sofort zu tun. Veräumnis der Meldepflicht entbindet nicht von der Stellungspflicht. Wer sich der letzteren entzieht, wird nach den Militärgeetzen bestraft, es kann auch sofortige Einstellung als unsicherer Seerespflichtiger erfolgen.

Wer über seine Melde- und Stellungspflichten im Zweifel ist, oder wer keine Aufforderung zur Stellung erhält, kann sich auf Zimmer 4 des Regierungsgebäudes (Landgraf-Platz 3) befragen.

Die Militär- und Landsturmpflichtigen haben in ordentlichem Anzuge und reinlich an Körper zu erscheinen. Wer von den Pflichtigen Brille trägt, hat diese im Termin mitzubringen und bei der Untersuchung vorzuzeigen.

Wer durch Krankheit am Erscheinen im Musterungsortal verhindert ist, hat ein beglaubigtes ärztliches Zeugnis bei der Bürgermeisterei seines Wohnortes abzugeben.

Die Zeugnisse sind von den Bürgermeistern oder deren Vertreter im Musterungsortal vorzulegen.

Militär- und Landsturmpflichtige, die Mitglieder der Jugendwehr sind, haben den Ausweis über ihre Beteiligung an den Übungen der Jungmannen bei der Musterung vorzulegen; sie können Wünsche um Zuteilung zu einem bestimmten Truppenteil innerhalb der Waffengattung, zu der sie ausgehoben werden, äußern.

Von der Stellung befreit ist, wer auf Grund eines mit Dienstiegel versehenen Zeugnisses eines beamteten Arztes oder einer amtlichen Bescheinigung an folgenden Fehlern und Gebrechen leidet:

1. Verkürzung oder Mißgestaltung des ganzen Körpers,
2. Geisteskrankheiten,
3. Epilepsie,
4. chronischen Gehirn-, Rückenmark- und anderen chronischen Nervenleiden,
5. Blindheit beider Augen,
6. Taubheit beider Ohren,
7. Verlust größerer Gliedmaßen.

Die amtlichen Zeugnisse und Bescheinigungen, die den Namen, Geburtstag und Wohnort des Pflichtigen enthalten müssen, sind bei den Bürgermeistereien vor der Musterung abzugeben.

Die Militärpflichtigen haben ihre Musterungsausweise, die früher als Dauernd untuglich Bezeichneten ihre Ausmusterungsscheine mitzubringen.

Gießen, den 4. Oktober 1916.

Der Zivilvorsitzende der Ersatzkommission des Kreises Gießen.

J. B.: Dehler.

### An den Oberbürgermeister zu Gießen und an die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Obige Bekanntmachung wollen Sie in der üblichen Weise zur allgemeinen Kenntnis geben. Die Ladungen der in der Stadt Gießen wohnenden Militär- und Landsturmpflichtigen werden diesen direkt zugesandt.

Für die in den Landgemeinden wohnenden Pflichtigen ergehen besondere Schreiben, auf denen die Namen der zu Ladenden mitgeteilt werden. Einwaige nachträgliche Anmeldungen Militär- und Landsturmpflichtiger sind unterzüglich hierher mitzutellen. Sie wollen dafür sorgen, daß die Pflichtigen ordnungsmäßig geladen werden und daß sie rechtzeitig im Musterungstermine erscheinen. Die Gr. Bürgermeister oder deren Vertreter haben ebenfalls rechtzeitig anwesend zu sein.

Diejenigen Personen, die an einem in obiger Bekanntmachung unter 1—7 genannten Fehler oder Gebrechen leiden, brauchen nicht zur Musterung zu erscheinen, sofern ein amtliches Zeugnis vorgelegt wird. Die Zeugnisse und amtlichen Bescheinigungen sind von Ihnen zu sammeln und im Musterungsortal abzugeben.

Gießen, den 4. Oktober 1916.

Der Zivilvorsitzende der Ersatzkommission des Kreises Gießen.

J. B.: Dehler.

### Bekanntmachung.

In der Zeit vom 15. bis 30. September wurden in hiesiger Stadt Gefunden: 1 Tantenhandtasche mit Inhalt, 1 Strang schwarze Wolle und versch. Stopfgarn, 1 Kinderkappchen, 1 Brosche mit Photographie, 1 Medaillon mit Bild, 1 Samtgürtel, 1 fünf Mark in Papier, 1 Stidradnabe und 1 Portemonnaie mit Brot-, Butter- und Fleischmarken.

Verloren: 1 schwarzer Tamentegenschirm, 7 Portemonnaies mit Gelbbinhalt und verschiedenen Marken, 1 goldenes Bröschchen mit Photographie, 1 kleiner Kinderregenschirm, 1 Samtbügel mit Inhalt etwa 10 Mark, 1 Taschentuch Briefe und Karten, 1 goldenes Kettenarmband mit rot- und weißen Steinchen, 1 schwarze Emaillebrotsche mit rotem Kreuz, 1 Brieftasche mit Militärpfeife, Wandergewerbeschein und Papiergeld und verschiedenes Papiergeld.

Die Empfangsberechtigten der gefundenen Gegenstände beliehen ihre Ansprüche alsbald bei uns geltend zu machen.

Die Abholung der gefundenen Gegenstände kann an jedem Wochentag von 11—12 Uhr vormittags und 4—5 Uhr nachmittags bei der unterzeichneten Behörde, Zimmer Nr. 1 erfolgen.

Gießen, den 1. Oktober 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

J. A.: Pfeffer.

### Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Münster und Ettingshausen.

In der Zeit vom 10. bis einschließlich 23. Oktober 1916. liegen auf Großh. Bürgermeister Münster zur Einsicht der Beteiligten offen:

1. der Sonderentwurf über Herstellung von Gräben in Flur V und VI,
2. der Sonderentwurf über Verbesserung der Wiesen in Flur III der Gemarkung Münster und Flur II der Gemarkung Ettingshausen einschließlich Regulierung des Wessersbaches,
3. der Sonderentwurf zum Durchstich des Wessersbaches zwischen Kreisstraße und Wetter,
4. Abschrift der Beschlüsse vom 7. August 1916. J. B. zu obigen Entwürfen und über Weg 16 nebst Lageplan,
5. Abschrift des Bräuhungsprotokolls vom 20. September 1916.

Termin zur Erhebung von Einwendungen hiergegen findet daselbst, Dienstag, den 24. Oktober 1916. J. B., vormittags von 10 bis 11 Uhr statt, wozu ich die Beteiligten mit dem Anfügen einlade, daß die Richter erscheinen mit Einwendungen auszu-schließen sind. Die Einwendungen sind schriftlich und mit Gründen versehen, einzureichen.

Friedberg, den 20. September 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissar:

Schmittsahn, Regierungsrat.